

John Dewey
Forschungsstelle
für die Didaktik
der Demokratie

WAS ZU TUN IST IN DER AUßERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG IN SACHSEN

EIN POLITIKBERATENDES STRATEGIEPAPIER

WAS ZU TUN IST

IN DER AUßERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG IN SACHSEN

- EIN POLITIKBERATENDES STRATEGIEPAPIER

Rico Lewerenz, David Jugel, Tina Hölzel, Anja Besand

1. HINTERGRUND DER STUDIE

Die Stärkung der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Sachsen, das ist das hochgesteckte Ziel der an der Technischen Universität Dresden Anfang 2021 neu gegründeten John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD). Erreicht werden soll dieses Ziel der JoDDiD insbesondere durch folgende Angebote: als Anlaufstelle für innovative politische Bildung steht die Begleitung bestehender sächsischer Bildungsangebote und -träger, deren qualitative Fortbildung, der Wissenstransfer zwischen formaler und non-formaler Bildung sowie die didaktische Beratung laufender Projekte im Mittelpunkt. Dabei sollen alle Angebote an der aktuellen Praxis non-formaler politischer Bildung in Sachsen ansetzen. Dies gelingt nur, wenn ausreichend Informationen über das Feld der sächsischen Bildner:innen, über deren aktuelle Herausforderungen und Wünsche aber auch ihre biographischen Hintergründe und Voraussetzungen vorhanden sind. Die Ergebnisse einer zu diesem Zweck veranlassten Online-Befragung mit mehr als achtzig Mitarbeiter:innen von Träger:innen, die in Sachsen politische Bildungsangebote unterbreiten, werden im Folgenden dargelegt und zur Diskussion gestellt (Jugel/Lewerenz 2022).

Auch wenn es sich bei dieser Erhebung um eine explorative und keine repräsentative Studie handelt, liefern die

Rückmeldungen von zahlreichen Aktiven aus diesem spezifischen Handlungsfeld doch einen wertvollen und aussagekräftigen Eindruck. Sie helfen nicht nur, die Arbeit der JoDDiD praxisgenau auszurichten, sondern ermöglichen überdies einen vertieften Blick ins Feld als Anlass zur weiteren und tiefgreifenden Auseinandersetzung.

Befragt wurden über achtzig Personen zwischen 20-64 Jahren, deren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt das gesamte Bundesland überspannen. Wir haben Rückmeldungen aus allen größeren sächsischen Städten und einer Vielzahl kleinerer Gemeinden. Die meisten Befragten nahmen im Kontext der Jahreskonferenz des sächsischen Demokratiezentrum an der Studie teil, andere wurden über Newsletter und Social-Media-Kanäle rekrutiert. Eine Repräsentativität ist aufgrund der Vielfalt der Tätigkeitsfelder, Beschäftigungsstrukturen in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit sowie des methodischen Zugangs jedoch gegenüber keinem Kriterium gegeben.

Die anonymisierten Rohdaten der Befragung sowie eine detaillierte Darstellung der Methodik, des Auswertungsvorgehens und der einzelnen Fragen sind unter www.tud.link/9ewx veröffentlicht und abrufbar. Im Folgenden folgt eine komprimierte Zusammenfassung der Studienerkenntnisse, daraus resultierender Ableitungen und politischer Handlungsempfehlungen.

2. ERGEBNISSE UND ABLEITUNGEN

Karrierewege & Qualifikation

Ein erster wichtiger Pfad, den die Studie verfolgte, war die Frage danach, wie die Aktiven in Sachsen eigentlich ihren Weg in das Feld non-formaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung gefunden haben. Mit welchen Vorerfahrungen und Qualifikationen kommen Menschen in diesen Bereich oder mit anderen Worten: in welcher Weise können sie auf Ausbildungs- oder Qualifikationsangebote zurückgreifen, die dieser Tätigkeit vorausgegangen sind? Anzunehmen war in diesem Zusammenhang, dass Mitarbeiter:innen im außerschulischen Bereich politischer Bildung weniger auf formalisierte Ausbildungsgegenstände zurückgreifen können, die sich unmittelbar auf die zukünftige Tätigkeit beziehen, als Mitarbeiter:innen in formalen Bildungseinrichtungen (z.B. Fachlehrkräfte in Schulen), da es unter anderem an einem akademisch-systematischen Ausbildungsangebot für eben jene non-formale politische Bildung mangelt. Und in der Tat: Mitarbeiter:innen in der außerschulischen politischen Bildung bringen sehr unterschiedliche Qualifikationsprofile in ihre Tätigkeit ein. Sie blicken überwiegend auf einen Hochschulabschluss zurück. Viele sind sozialwissenschaftlich qualifiziert, einige kulturwissenschaftlich.

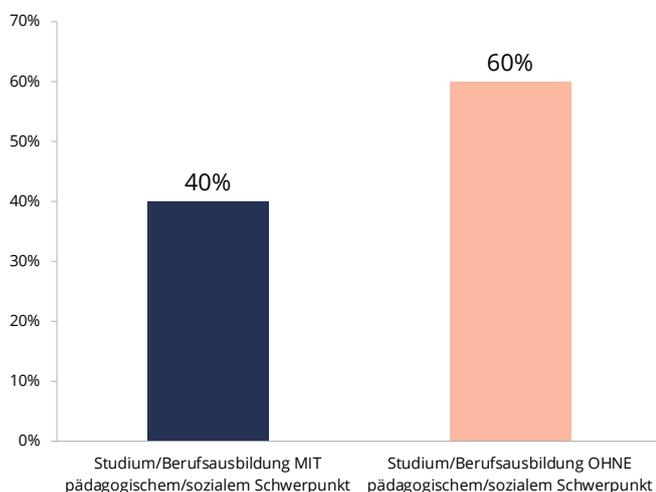


Abbildung 1: Anteile der Befragten mit und ohne Studium/Ausbildung mit pädagogischen Schwerpunkt

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Karrierewege außerschulischer politischer Bildner:innen allerdings sehr vielfältig sind und es keine „typischen“ Berufsbiographien in diesem Arbeitsfeld gibt. Die interessante Frage nach dem Weg ins Feld ergab sich so nicht in akademisch-qualifizierenden biographischen Erfahrungen, sondern wurde oftmals wie folgt beschrieben: Zugang zur außerschulischen

Bildung fanden viele Teilnehmer:innen der Umfrage durch ehrenamtliche Tätigkeiten und Praktika. Dabei stellt die Bildungsarbeit für einige den Berufseinstieg dar, wohingegen andere bereits vielfältige berufliche Vorerfahrungen gemacht haben. Darüber hinaus lässt sich jedoch feststellen, dass sich abgesehen von Ehrenämtern und Praktika sowohl in beruflichen Ausbildungsgängen als auch in den beruflichen Stationen bis hin zur außerschulischen Bildung keine wirklich typischen Karrierewege abzeichnen. Obgleich keine systematische Aussage über die Wege ins Feld getroffen werden können, kann herausgestellt werden, dass viele Aktive im Feld der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ihre Tätigkeit in der Regel ohne didaktische und eher selten mit pädagogischer Ausbildung beginnen. Um es präzise zu formulieren: Über die Hälfte weist eine Ausbildung ohne pädagogischen oder sozialen Schwerpunkt auf.

Die Befragten haben damit mehrheitlich keine fachdidaktische Qualifikation. Sie haben sich vor ihrer Tätigkeit im Bereich politischer Bildung nicht systematisch mit Fragen der Vermittelbarkeit politischer oder sozialer Fragen beschäftigt. Diese Zahlen decken sich mit den Ergebnissen anderer, ähnlich gelagerter Erhebungen, wie bspw. den Zahlen des Kinder- und Jugendhilfereports 2018 oder Bielenberg 2017 sowie Scheidig 2016.

Das notwendige Vermittlungswissen bzw. die entsprechenden didaktischen Kompetenzen erwerben die Aktiven im Regelfall erst im Rahmen ihrer Tätigkeit und damit praxisgebunden. Sie scheinen zudem - das wird im Rahmen verschiedener Frageitems sichtbar - durch ihre Arbeit sehr sensibel für Diskriminierung und Vielfalt zu sein. Gleichzeitig werden aber genau in diesen Bereichen auch eigene Qualifikationsbedarfe formuliert. Es ist deshalb davon auszugehen, dass es an einer theoriegestützten Verknüpfung des vorhandenen Praxiswissens mit vorliegenden empirischen und theoretischen Erkenntnissen, die spezifisch auf Vermittlungsfragen in der Domäne Politik gerichtet sind, mangelt. Einfacher gesagt: Vielen Praktiker:innen stellt sich die Frage, wie das (eigene) Bewusstsein über Diskriminierung und für Vielfalt im politisch-bildnerischen Handeln didaktisch gelingend umgesetzt werden kann. Darüber hinaus existieren offenbar nur bedingt institutionalisierte Strukturen, um individuelle Praxiserfahrungen im Feld zu distribuieren und erfolgreiche Projektideen oder Gelingensbedingungen nachhaltig für alle nutzbar zu machen. Kurzum: Es fehlt der non-formalen politischen Bildung in Sachsen an kontinuierlichen Räumen und Strukturen, die fachlichen Austausch ermöglichen und Praxiswissen systematisch sammeln. Auch diese Erkenntnisse decken sich mit anderen wissenschaftlichen Studien (vgl. bspw. BMFSFJ 2020, 357).

Was zu tun ist...

- Es müssen Strukturen etabliert und ausgebaut werden, die die Aktiven im Feld der politischen Bildung dabei unterstützen, erworbenes Praxiswissen vor dem Hintergrund gesicherter Erkenntnisse zu reflektieren, weiterzugeben und/oder notwendiges Vermittlungswissen überhaupt zu erwerben.
- Bei der Finanzierung von Projekten sollten grundsätzlich berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten eingeplant werden. Auch über die konsequente Finanzierung von Bildungsurlaub muss nachgedacht werden.
- Es braucht spezifische Ausbildungs- und Karrierewege für die die politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Dies kann bestenfalls durch spezialisierte Studiengänge und eigene Professuren für die außerschulische Bildungsarbeit, mindestens aber durch didaktische Module in relevanten Studiengängen erreicht werden.
- Dem Bedarf an Vernetzung sollte vielfältig begegnet werden. Neben Räumen, Strukturen und Ressourcen bedarf es hier auch einer Infrastruktur zur Dokumentation von Erfahrungen und Praxis sowie zum Austausch darüber.
- Eine genuine Aus-, Fort- und Weiterbildungsstruktur sowie Vernetzung und gemeinschaftliche Organisation kann die Entwicklung einer eigenen Identität und eines eigenen Professionsverständnisses fördern, das Voraussetzung für selbstbewusstes und fachliches Handeln ist.
- Auch Möglichkeiten der kooperativen Zusammenarbeit und des Transfers zwischen Praxis und Forschung, um Praxiswissen der Forschung und fachdidaktische Erkenntnisse der Praxis zugänglich zu machen, erscheinen in diesem Kontext sinnvoll.
- Bei Förderbewilligungen sollten zusätzliche Mittel für eine (externe) nachhaltige und wissenschaftliche Evaluation von Pilotprojekten und innovativen Projektideen eingeplant werden, die unbedingt öffentlich sichtbar gemacht werden müssen.
- Bewährte Ansätze und Gelingensbedingungen sowie reflektierte Fehler und Schlussfolgerungen für die Bildungsarbeit müssen nachhaltiger den Akteur:innen und Träger:innen im außerschulischen Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden.

Was bereits begonnen wurde...

Aus den abgeleiteten Bedarfen hat die JoDDiD an der TU Dresden Formate entwickelt, um erste bedürfnisgerechte Angebote für das Feld der außerschulischen politischen Bildung zu machen. Dazu zählen u.a...

- der Aufbau einer digitalen Abendschule zu außerschulischer Politikdidaktik inkl. Zertifizierungsmöglichkeit,
- die Seminarangebote für interessierte Hochschulen zur didaktischen Qualifikation innerhalb einschlägiger Studiengänge (Soziale Arbeit, Sozialwissenschaft, Politikwissenschaft etc.),
- das Angebot vernetzter Beratungen zum gegenseitigen Transfer und Austausch unter außerschulischen politischen Bildner:innen,
- die Entwicklung von Transferformaten: u.a. ein Podcast ermöglicht den Austausch über politische Bildungspraxis und sichert exemplarisch und für alle hörbar Erkenntnisse, Erfahrungen und Fragen rund um politische Bildung in Sachsen.

Selbstbild & Bedürfnisse

Dass sich die Studie der Frage widmet, wie sich die Menschen im Bereich der sächsischen politischen Bildung eigentlich selbst verstehen, ist kein Zufall, sondern basiert auf einer konkreten Beobachtung: Bereits der Begriff der „Non-formalen“ oder „außerschulischen“ politischen Bildung zeugt davon, dass das Feld der politischen Jugend- oder Erwachsenenbildung oft in Abgrenzung von Schule konstruiert wird. Diese Abgrenzung spielt für die Aktiven im Feld der außerschulischen politischen Bildung auch im Kontext ihres beruflichen Selbstverständnisses eine wichtige, wenn auch häufig ambivalente Rolle. Zunächst lässt sich feststellen, dass der Blick auf die Schule als Trägerin politischer Bildung seitens der außerschulischen Aktiven oft eher kritisch ausfällt. Die Schule wird nicht selten als ein Ort verstanden, an dem politische Bildung vermeintlich ausschließlich als Institutionenkunde vermittelt würde und in dem die Vermittlung demokratischer Kompetenzen nur eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Diesen Mangel (sei er nun real oder auch nicht) betrachten die Aktiven im Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung als Auftrag, entsprechende Angebot zu entwickeln und mit Schulen zu kooperieren. Einige Befragte wünschen sich explizit mehr Zusammenarbeit und Vernetzung mit Lehrkräften und verstehen Schule als Kooperationspartnerin, der außerschulischen Akteur:innen den Zugang zu verschiedenen Zielgruppen erheblich erleichtern kann. Aus diesem Grund wird die Informiertheit schulischer Akteur:innen über die eigene Bildungsarbeit und das eigene Bildungsangebot unter den Befragten als sehr wichtig eingestuft.

Doch obgleich solche Kooperationen wichtig und richtig erscheinen, lassen sich hieran auch Erkenntnisse über das Selbstbild und die Bedürfnisse des außerschulischen Feldes sichtbar machen. Denn zum einen tritt in einer Projektlandschaft, die sich außerschulisch platziert aber vielfach an schulischen Kooperationen orientiert ist, der Kern des eigenen Professionsverständnisses in den Hintergrund, indem die Charakteristika außerschulischer Bildung - die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Möglichkeit, bedarfsgerechte Themen und vielfältige Räume zu bespielen - zugunsten eines vermeintlich leichteren oder breiteren Zugangs zu Zielgruppen zurückgestellt wird. Zum anderen kann darin im Umkehrschluss auch die Not herausgelesen werden, im zeitlichen Rahmen der befristeten Projekte immer wieder neu verbindlichen Zugang zu Gruppen zu erhalten, die nicht schon von vornherein an politischer Bildung interessiert sind. Das passt auch zu weiteren Bedarfen, die in unserer Befragung sichtbar gemacht wurden.

Die Studienergebnisse machen an verschiedenen Stellen deutlich, dass sich die Bildner:innen der Wichtigkeit von Themen wie Elementarisierung, Umgang mit Vielfalt, adressat:innenorientierte Themenauswahl, besserer Zugang zur Zielgruppe, Antragsberatung, Moderation, Umgang mit Angriffen usw. bewusst sind, sich aber auch genau in diesen Bereichen Unterstützung und Weiterbildung wünschen. Dabei kommen Fragen bei Aktiven auf, wie: Wie gelingt es uns am besten politische Bildungsangebote für Menschen zu entwickeln, die möglicherweise eher Vorbehalte gegenüber staatlich finanzierter politischer Bildung haben? Wie lassen sich Zugänge zu bislang noch weniger erschlossenen Gruppen finden und wie kommen wir mit den Konflikten zurecht, die solche Bildungsangebote gesellschaftlich anstoßen?

Darüber hinaus wird der Bedarf an Zeit zur Reflexion, Weiterentwicklung und kreativen Entwicklungen deutlich. Diese Zeit wird, nach Aussage der Befragten, vor allem durch Verwaltungsarbeiten und Projektakquise eingeschränkt. Auch die im Folgenden beschriebenen Arbeitsbedingungen und Mitarbeiter:innensuche belasten zusätzlich. Dies führt zu einer besonderen Situation: Zu erinnern ist hier an die Zugangswege ins Feld, die nicht selten aus einem ehrenamtlichen Engagement und einem hohen Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz politischer Bildungstätigkeit resultieren. Diese stoßen hier schließlich mit einer strukturell hohen Arbeitslast zusammen und führen so bei nicht wenigen Beschäftigten im Feld zu dem Gefühl, dass ihre Arbeit öffentlich und politisch nicht genug wertgeschätzt wird. Dieser Befund ist auch dahingehend bemerkenswert, dass allein die Höhe der bereitgestellten Fördermittel und gesellschaftspolitischen Debattenlage, die nachweislich immer weiter zunimmt, nicht als Wertschätzung vernommen wird. Auch das nachweislich hohe Selbstbewusstsein außerschulischer politischer Bildner:innen, in der Lage zu sein, gezielt Lücken der schulischen Bildung bedienen zu können, scheint nicht über den wahrgenommenen Mangel an Sichtbarkeit, Unterstützung und Wertschätzung durch Politik und Gesellschaft für die eigene als herausfordernd empfundene Arbeit hinwegzuhelfen. Vielmehr ist das eigene Selbstbild der Aktiven in diesem Feld in Sachsen eher von einem wahrgenommenen Bedeutungsverlust und fehlender Akzeptanz/Wertschätzung geprägt.

Was zu tun ist...

- Die wechselnden und weniger fest etablierten Projekte außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung stehen unter einem erheblichen Druck, ihre Angebote sichtbar und damit nutzbar zu machen. In diesem Zusammenhang sind gut gepflegte Angebots- und Projektlandkarten oder Matchingportale sowie Datenbanken von großer Bedeutung und können Kooperationen mit (schulischen) Partner:innen unterstützen.
- Schulische Kooperationen können darüber hinaus aber auch nur dann gelingen, wenn Ressentiments und Vorurteile zwischen den Kooperationspartner:innen abgebaut werden. Schulische und außerschulische Akteur:innen müssen notwendigerweise die Handlungslogiken des jeweils anderen Bildungsbereiches kennen- und verstehenlernen. Dazu bedarf es spezifischer Unterstützungsangebote.
- Aber auch und gerade jenseits von Schule müssen die Strukturen der politischen Jugend- und Erwachsenenarbeit gestärkt und verstetigt werden, um das Potenzial, das in der freiwilligen Teilnahme an solchen Angeboten besteht, auch nutzen zu können. Nur so wird es möglich sein, dass Projekte sich nachhaltig Zugangswege zu weniger erschlossenen Zielgruppen erarbeiten und diese langfristig etablieren können.
- Zur Erweiterung der Bildungsangebote politischer Jugend- und Erwachsenenbildung sind Ideen und Ansätze jenseits von Zielgruppenfokussierung in den Blick zu nehmen. Beispielsweise ließen sich Angebote und Projekte auch vom Raum oder Ort her denken und konzipieren, an dem sie stattfinden sollen (Stichworte: politische Bildung im Supermarkt, in der Straßenbahn oder im ärztlichen Wartezimmer). Dies birgt die Chance, die Reichweite einzelner Projekte zu erhöhen.
- Wenn die Projekte sich an neue, bislang noch weniger erschlossene Zielgruppen heranwagen, gehen sie aber gleichzeitig auch immer Risiken ein. Um diese riskanten Begegnungen sinnvoll gestalten zu können, müssen sie sich des politischen und gesellschaftlichen Rückhalts gegenüber ihrer Arbeit sicher sein. Hierfür sollten aktuelle Bewegungen, wie die Erhöhung der Finanzierung und die Ausweitung der Debattenlage weiter verfolgt und durch andere Formen der Wertschätzung und Sichtbarmachung (Preise, dauerhafte Regelfinanzierung, Konferenzen, medienwirksame Bühnen und Formate, Strukturen, feste Ansprechpartner:innen und Vertreter:innen) ausgebaut werden.

Was bereits begonnen wurde...

Aus den abgeleiteten Bedarfen hat die JoDDiD an der TU Dresden Formate entwickelt, um erste bedürfnisgerechte Angebote für das Feld der außerschulischen politischen Bildung zu machen. Dazu zählen u.a. ...

- ein Ideenpool auf der Internetseite der JoDDiD, der wöchentlich anregende, neue, schräge oder auch altbewährte Ideen für die politische Bildung in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung vorstellt,
- die Konzeption und Erstellung von Prototypen an Bildungsmaterialien für die außerschulische politische Bildung, wie bspw. eine fahrbare Gerüchteküche für den Einsatz im Freien, Positionsteppiche oder Denkhüte,
- ein Angebot einer vernetzenden Beratung zwischen schulischen und außerschulischen Akteur:innen unter Mitarbeit der Professur für Didaktik der politischen Bildung und der JoDDiD,
- die Konzeption und Durchführung von Weiterbildungsangeboten für Bildungsträger:innen auf Anfrage,
- die Betreuung von Forschungsprojekten zum Professionsverständnis sächsischer Bildner:innen.

Mit dem Videoprojekt „Einfach gut gemacht“ werden Momente guter politischer Bildung sichtbar gemacht und damit ausgewählten politischen Bildner:innen eine Bühne geboten.

Arbeitsbedingungen

Soll das Praxisfeld non-formaler politischer Bildung auf verschiedenen Ebenen gestärkt werden, so ist es auch wichtig nach aktuellen Arbeitsbedingungen im Feld zu fragen. Die Erkenntnisse über die Arbeitsbedingungen können dann einerseits passfähige Angebote definieren, die sich in das Arbeitsfeld einfügen, gleichsam aber ebenso notwendige Veränderungsprozesse sichtbar machen.

Die Studienergebnisse zu den Arbeitsbedingungen machen an dieser Stelle wirkmächtig prekäre Arbeitsbedingungen sichtbar und beschreiben institutionelle Zwänge als große Herausforderung und durchaus auch Einschränkung im beruflichen Wirken. Die Aktiven im Feld der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung haben den Eindruck, dass sie vor lauter Anträge-Schreiben nicht zur eigentlichen Arbeit oder zur notwendigen Reflexion über ihre Arbeit kommen. Kurzfristige Projektfinanzierungen führen damit nicht nur zu Kettenbefristungen und erzwungener Teilzeitbeschäftigung, sondern auch zu einer hohen Fluktuation der Aktiven in diesem Feld. Kaum eingearbeitet, ver-

lassen die ersten schon wieder das Projekt, um sich an anderem Ort vermeintlich längerfristig abzusichern. Auf diese Weise kann (pädagogische und didaktische) Vermittlungserfahrung allerdings kaum akkumuliert werden und die Projekte befinden sich beständig in der Personalaquise - die nach Aussagen einiger Befragten offenbar immer schwieriger wird. Im ländlichen Raum verstärkt sich dieses Problem (auch aufgrund fehlenden Rückhalts in der Bevölkerung, siehe nächster Abschnitt) teilweise noch zusätzlich.

Was zu tun ist...

- Es bedarf einer Verstetigung und Ausweitung der Finanzierung der Träger:innen der außerschulischen politischen Bildung - weg von Projektbefristungen. Dabei braucht es auch angemessene Bezahlung (bspw. Eingruppierung in Anlehnung an den öffentlichen Dienst) und es muss genügend Zeit und Flexibilität zur konzeptionellen und reflektierenden Arbeit innerhalb der Projekte eingeräumt werden.
- Insgesamt sollte die Förderkultur strukturell und inhaltlich überarbeitet werden. Eine Demokratisierung und Enthierarchisierung von Abhängigkeitsverhältnissen kann sinnvoll sein.
- Erfolgreiche Bildungsprojekte benötigen mehr Visibilität und Aufmerksamkeit, um von ihnen und ihrer fachdidaktischen und methodischen Umsetzung zu lernen. Hierfür bedarf es einer ausreichenden, kontinuierlichen und nachhaltigen monetären sowie gesellschaftlichen Anerkennung der Akteur:innen in der außerschulischen politischen Bildung.
- Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischen Hürden bei der Projektfinanzierung und -verwaltung sowie einer Stärkung der Eigenständigkeit (und Wertigkeit) der Profession der außerschulischen politischen Bildung.
- Wünschenswert ist eine bewusster Sensibilität sowie ein stärkerer politischer Rückhalt von ausgeschrieben Projekten zur Demokratieförderung und politischen Bildung.

Was bereits begonnen wurde...

Auf die weit verbreiteten prekären Arbeitsbedingungen wird nicht nur hier, sondern auch bereits mehrfach durch Wissenschaft sowie auch Gewerkschaften aufmerksam gemacht (u.a. Besand/Hölzel/Jugel 2018, S. 123; Boeser 2021, S. 27; Hufer/Oefering/Oppermann 2021, S.8; Scheidig 2016, S. 101-104).

Obwohl einige politische Akteur:innen zwar für die Probleme sensibilisiert erscheinen, fehlen erste konsequente Schritte, die Probleme zu beseitigen.

Angriffe & Herausforderungen

Ein zentrales Interesse der Studie als Grundlage der Arbeit in der JoDDiD war es, mehr über die aktuellen Herausforderungen und Anstrengungen im sächsischen Praxisfeld zu erfahren - soll doch genau hier auch eine Stärkung der politischen Bildung gezielt ansetzen.

Auf die Frage nach konkreten Herausforderungen nennen die Bildner:innen dabei immer wieder, dass sie mit Angriffen auf die eigene Arbeit und Person zu kämpfen haben - darunter explizit rechte, revisionistische oder verschwörungserzählerische Konfrontationen. Das Ausmaß dieser Angriffe reicht in den Rückmeldungen von Störungen und Wortergreifungen in einzelnen Veranstaltungen bis hin zu persönlichen Morddrohungen. Bemerkenswert und auch besorgniserregend zugleich ist nach unserer Sicht dabei zum einen, dass das Praxisfeld in starker Breite von solchen Angriffen berichtet (siehe Abb. 4) und zum anderen die Härte der Angriffe, mit der die Akteur:innen davon getroffen werden. Wir sind bei der Auswertung der Daten wiederholt auf Aussagen gestoßen, in denen sichtbar wird, dass die Befragten nicht wissen, wie lange sie diese Arbeit unter diesen Bedingungen noch leisten können.

Als herausfordernd wird außerdem die häufige Thematisierung der eigenen Bildungsarbeit in parlamentarischen Anfragen geäußert. In diesen wird versucht, die Bildungsträger:innen zumeist durch angebliche Neutralitätsforderungen mithilfe der öffentlichen Bühne des Parlaments zu delegitimieren (vgl. Sämann 2021, 105 ff.). Zumindest teilweise erscheint dies erfolgreich zu sein, wie die ebenso vielfach geäußerte Sorge vor dem Entzug der Gemeinnützigkeit oder der Förderzusage in den Antworten der Umfrage belegen lässt. Die Befragten erleben diese Angriffe als zutiefst verunsichernd und fürchten sich vor einem zunehmenden Bedeutungsverlust. Besonders beunruhigend aber ist die Tatsache, dass sogar physische Übergriffe sehr häufig bzw. immer wieder Alltag einiger Befragten sind. Hierbei geht es nicht um kontroverse Auseinandersetzungen oder legitime Meinungsvielfalt, sondern um offensichtlich strafrechtliche Angriffe auf Bildner:innen. Abseits dieser statistisch abgefragten Erscheinungsformen von persönlich erlebten Angriffen teilten einige Befragte aber auch eine Unzufriedenheit und Ärger nicht nur gegenüber den Angreifer:innen, sondern auch politischen Entscheidungsträger:innen und institutionellen Verantwortlichen mit. Die Betroffenen fühlen sich zu wenig unterstützt und erfahren keinen (politischen) Rückhalt.

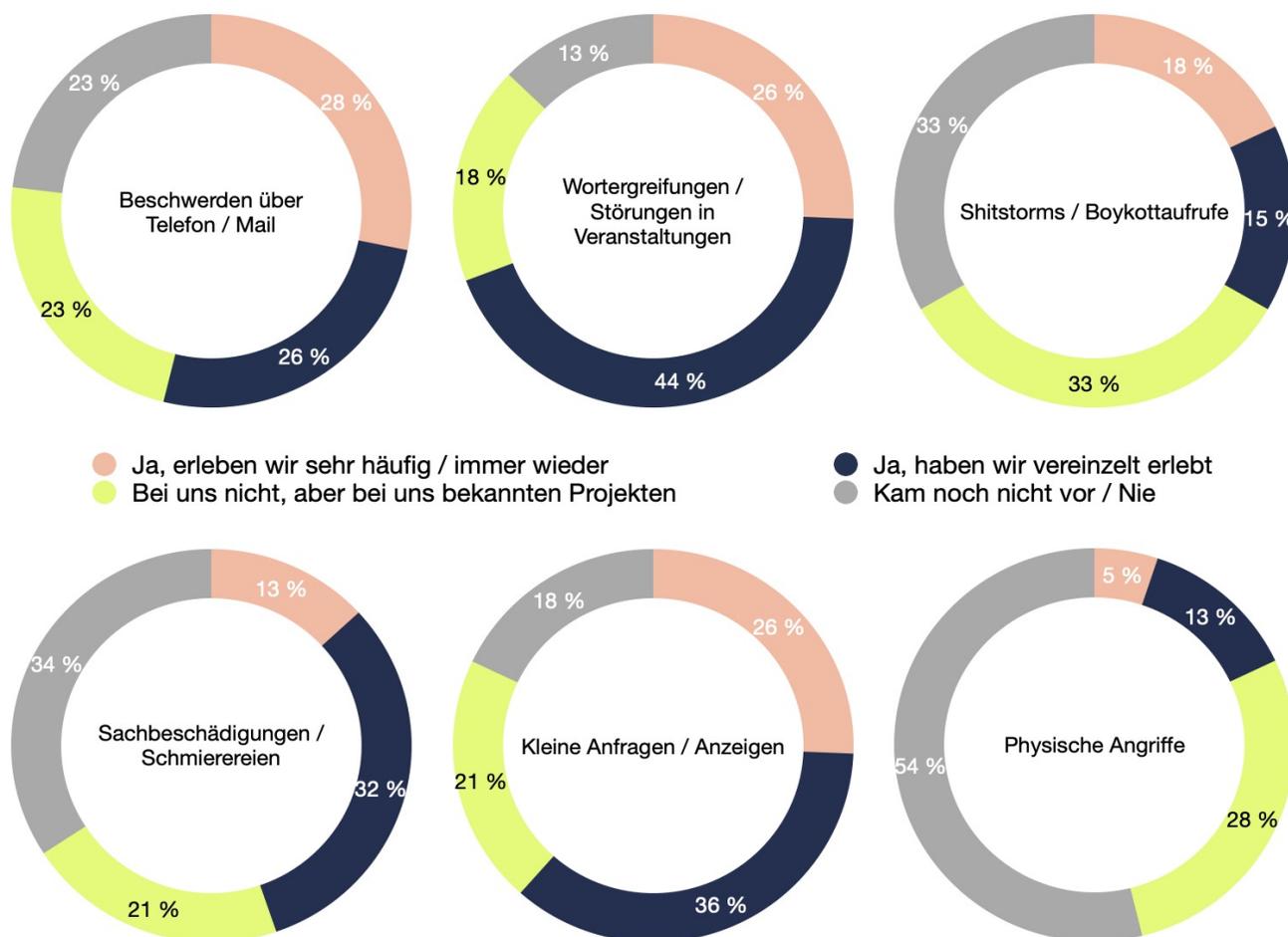


Abbildung 2: Angriffe auf die Befragten und deren Träger:innen in der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen (n=39)

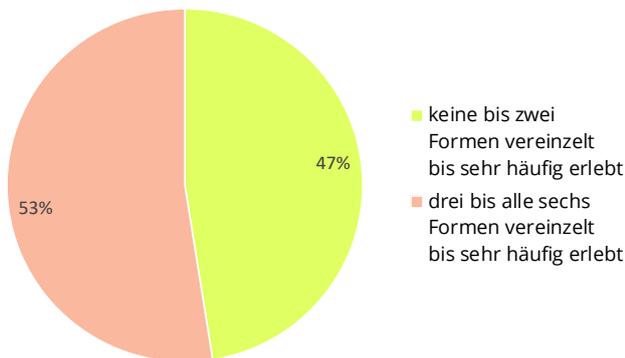


Abbildung 3: Gruppenvergleich der Anzahl erlebter Angriffsformen

Die Studie zeigt, dass die Angriffe bei Betroffenen nicht nur zu Sorgen um das politische Klima in Sachsen, sondern auch zu einer veränderten Arbeitsweise der Bildner:innen selbst führen. Die gezogenen Konsequenzen reichen von Bestärkung und gegenseitigen Durchhalteerzählungen bis hin dazu, dass eigene Angebote im vorausweisenden Gehorsam weniger konfrontativ ausgerichtet oder generell verändert werden. Auffällig ist, dass Konsequenzen aus Angriffen auch von Praktiker:innen angegeben werden, die nach eigenen Angaben selbst gar nicht von Angriffen betroffen sind, sondern solche nur bei Kolleg:innen wahrnehmen. Hier wirkt die Vernetzung und der Austausch innerhalb des Feldes der außerschulischen politischen Bildung offensichtlich wie eine Antizipationsschleife.

Eine weitere schwerwiegende Herausforderung hat sich aus Sicht der Befragten im Kontext der Pandemie ergeben. Projekte konnten nicht wie geplant durchgeführt oder mussten medial rekonfiguriert werden. Mehrfach wird die eigene, unzureichende Qualifikation über technische und digitale Lösungen für außerschulische politische Bildungsarbeit bemängelt. Es wird beklagt, dass es kaum Weiterbildungsmöglichkeiten für das Feld gäbe und wenn doch, dann scheiterten neu gestaltete digitale Angebote offenbar nicht selten an der technischen Ausstattung der potentiellen Zielgruppe. Eine noch größere Herausforderung scheint aber unter diesen Bedingungen die Ansprache und das Erreichen der Zielgruppe zu sein. Auch standen bzw. stehen außerschulische Lernorte und Bildungsstätten während der Pandemie nur noch bedingt zur Verfügung.

Was zu tun ist...

- Es bedarf einer systematischen statistischen Erfassung und qualitativen wie quantitativen Evaluierung von medialen, strukturellen und physischen Angriffen im Feld der non-formalen politischen Bildung, um die Ausmaße des Problems angemessen und evidenzbasiert sichtbar zu machen und anschließend konkrete, dauerhafte Hilfesysteme zu installieren. Meldeplattformen für Angriffe zur systematischen Erhebung, Notfallhotlines und auch Rechtsberatungen für das Feld sowie feste, institutionalisierte Anlaufstellen sind notwendig.
- Zudem fehlt es an Wissen zu Angreifer:innen, zu deren Motivation sowie zu angemessenen und erfolgreichen Bewältigungs- und Handlungsstrategien bei Betroffenen und ihrem Umfeld. Zu diesem Umfeld

sind dezidiert auch die Fördermittelgeber:innen sowie die entsprechenden Verwaltungsstrukturen zu rechnen, denn der Rückhalt von dieser Seite ist für die Angegriffenen besonders wichtig und aktuell noch eher mangelhaft.

- Zielgerichtete Weiterbildungsangebote zu digitalen Möglichkeiten und neuen Formaten der Zielgruppengewinnung müssen für das Feld der außerschulischen politischen Bildungsarbeit konzipiert und zugänglich gemacht werden. Dies könnte mit einem festen Weiterbildungsbudget für die Bildungsanbieter:innen geschehen, wie es sie bspw. für schulische Lehrkräfte bereits gibt (LaSuB Fortbildungskatalog und externes Weiterbildungskontingent u.a. mit fobizz).
- Zeitgemäße digitale Methoden und Medien sowie der Umgang mit antidemokratischen Tendenzen gehören in die noch zu verstetigende Ausbildung von dezidiert außerschulischen Bildner:innen

Was bereits begonnen wurde...

Aus den abgeleiteten Bedarfen hat die JoDDiD an der TU Dresden Formate entwickelt, um erste bedürfnisgerechte Angebote für das Feld der außerschulischen politischen Bildung zu machen. Dazu zählen u.a.:

- ein umfangreiches, kostenloses Beratungsangebot, in dem politische Bildner:innen ihr Bildungskonzept oder Ideen vorstellen und unter didaktischen Gesichtspunkten gemeinsam weiterentwickeln können. Zudem findet eine Verweisberatung statt, um bei Problemen oder Herausforderungen zielgerichtet (und schneller) an passende Ansprechpartner:innen zu gelangen.
- das Angebot von sog. vernetzten Beratungen, bei denen Bildner:innen und Träger:innen mit ähnlichen Problemen, Herausforderungen oder inhaltlichen Angeboten zusammenkommen, um sich zu vernetzen und gemeinsam Lösungen bzw. neue, innovative Bildungsprojekte und -angebote zu entwickeln.

3. WAS ZU TUN IST! - SCHLUSSFOLGERUNGEN UND POLITISCHE HANDLUNGSOPTIONEN

Die hier vorgestellten Ergebnisse der Studie zeigen: Es gibt viel zu tun! Das mag jetzt für viele Leser:innen sicher keine Überraschung sein, dennoch wollen wir hier gern genauer aufzeigen, **was** es in den verschiedenen Handlungsfeldern zu tun gibt. Das ist aus unserer Sicht deshalb so wichtig, weil die politische Jugend- und Erwachsenenbildung die zentrale Aufgabe erfüllt, Menschen im Freistaat Sachsen Räume zu öffnen und Lerngelegenheiten zu bieten, um auf Basis politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit am demokratischen Prozess teilzuhaben, politische Entscheidungen mitzugestalten und zivilgesellschaftliche Diskurse

zu führen.

Was zu tun ist für ein qualifiziertes Feld außerschulischer politischer Bildung (in Sachsen)

Die außerschulische politische Bildung trifft - wie deutlich geworden sein sollte - auf zahlreiche Herausforderungen, denen sie unter den aktuell gegebenen Strukturen nur bedingt begegnen kann. Dazu zählt u.a. die Möglichkeit zur Weiterbildung sowie zu didaktischen Qualifikationen. Dies beginnt bei fehlenden didaktischen Lehrangeboten in jenen Studiengängen, aus denen heraus häufig Menschen einen Weg in die außerschulische politische Bildung finden. Andererseits fehlen passgenaue Studiengänge sowie Professuren für politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Sachsen komplett. Hier bedarf es also einer hochschulpolitischen Steuerung der Studien- und Lehrangebote. Auch die Strukturen für passgenaue Fort- und Weiterbildungen müssen ausgeweitet und systematisiert werden und dazu in den Projekten die zeitlichen und finanziellen Ressourcen an die realen Bedarfe an Qualifikation und Weiterbildung angepasst werden.

Was zu tun ist für eine bessere Sichtbarkeit, Vernetzung und Anerkennung der außerschulischen politischen Bildung (in Sachsen)

Auch im Bereich der Wertschätzung und Vernetzung sollte die Möglichkeit für Sichtbarkeit, Best Practice und Kooperationen noch weiter gestärkt werden! Hierzu können etablierte Strukturen und Netzwerke ausgebaut und innovative Möglichkeiten der Darstellung und Vernetzung entwickelt werden. Dem Bedürfnis nach Wertschätzung kann nicht nur durch praxisnähere und nachhaltigere Förderstrukturen begegnet werden, sondern auch durch politische Rückendeckung und Bestärkung der wichtigen Arbeit.

Was zu tun ist, um politischen Bildner:innen (in Sachsen) bessere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Diese Studie hat ein bereits in vielen vorangegangenen Befragungen oftmals sichtbar gemachtes Problem erneut unterstrichen: Förderstrukturen aber auch Förderkulturen im außerschulischen Bereich führen wiederholt und strukturell zu prekären Arbeitsbedingungen, die als schwierig und beeinträchtigend wahrgenommen werden. Insbesondere vor der immer herausfordernden Personalstruktur und Neueinstellung gilt es hier attraktivere, sicherere und wertschätzende Fördermodalitäten neu zu denken und umzusetzen.

Was zu tun ist, um politische Bildner:innen (in Sachsen) im immer herausfordernden Umgang mit (politisch motivierten) Angriffen gegen sich und ihre Arbeit nicht allein zu lassen

Dieses Umdenken gilt insbesondere bei dem Umgang mit Angriffen auf politische Bildner:innen und deren Projekte. Hier braucht es vor allem einen Ausbau der Unterstützungssysteme sowie breite Qualifikationssysteme zur Begegnung von Angriffen, wenn wir in Sachsen sicherstellen wollen, dass sich die Aktiven im Feld der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung bzw. der demokratischen Arbeit aus diesem Handlungsfeld nicht zurückziehen. Auch die Sicherung und Dokumentation der Angriffe sowie die Vernetzung und Beratung Betroffener durch feste Anlaufstellen muss hier aktiv ausgebaut und schnell umgesetzt werden.

Was bereits getan wird und noch folgen muss

Die Studie und die hier dargestellten Ableitungen untermau-

ern die Notwendigkeit der Stärkung der non-formalen politischen Bildung in Sachsen auf verschiedenen Ebenen. Die Gründung der drei Institute bzw. Forschungsstellen in Chemnitz, Leipzig und Dresden stellen hier sicherlich einen wichtigen und zu verstetigenden Start dar. So konnte an dieser Stelle auszugsweise angedeutet werden, was die JoDDiD bereits aus den Erkenntnissen für Angebote entwickelt und ausgelöst hat. Gleichfalls zeigt sich der Bedarf für vertiefte Forschung und verstärkten sowie diversen Transfer der Erkenntnisse in das Feld. Auch die Fragen nach einem gemeinsamen Professionsverständnis sowie standardisierten Ausbildungs- und Weiterbildungsstrukturen müssen dringend geklärt werden. Die JoDDiD hat sich in vielen dieser Felder auf den Weg gemacht, den Bedürfnissen entgegenzukommen. Aber bereits jetzt zeigt sich, dass dies nur ein Anfang sein kann und es eine Verstetigung und Ausweitung zahlreicher Angebote bedarf, um den Herausforderungen und Bedürfnissen im Feld begegnen zu können.

Wir empfehlen nachdrücklich, die hier skizzierten Handlungsoptionen auf allen Ebenen ernst zu nehmen, zu diskutieren und Strukturentscheidungen zu treffen, die der politischen Bildung und demokratischen Arbeit in Sachsen zugute kommen. Lippenbekenntnisse werden nicht genügen, wenn es gelingen soll, die Aktiven in diesem Feld zu unterstützen und zu halten. Sollen die engagierten und diversen politischen Bildner:innen die vielfältigen, wichtigen Aufgaben politischer Bildung in Sachsen nachhaltig bearbeiten, brauchen sie dafür verbesserte Bedingungen und Strukturen. Nach unserem Eindruck befinden sich nicht wenige der Aktiven aktuell jedoch eher in einem verzweifelten Zustand und denken unter anderem aufgrund von Arbeitsbedingungen und auch Anfeindungen ernsthaft darüber nach, die Arbeit in diesem Feld aufzugeben, obgleich sie die gesellschaftspolitische Bedeutung und Relevanz ihrer Arbeit spüren und verinnerlicht haben.

4. LITERATUR

- Besand, Anja/Hölzel, Tina/Jugel, David (2018): Inklusives politisches Lernen im Stadion. Politische Bildung mit unbekanntem Team und offenem Spielverlauf. Dresden.
- Bielenberg, Ina (2017): Außerschulische politische Jugendbildung als Profession. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung (Wochenschau Studium). Schwalbach/Ts., S. 161-172.
- BMFSFJ (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. KJB.
- Boeser, Christian (2021): „Es ist möglich diejenigen zusammenzubringen, die sonst eher übereinander als miteinander reden.“. In: Hufer, Klaus-Peter/Oefering, Tonio/Oppermann, Julia (Hrsg.): Interviews zur außerschulischen Jugend- und zur Erwachsenenbildung (Positionen der politischen Bildung; Bd. 3). Frankfurt, S. 16-33.
- Hufer, Klaus-Peter/Oefering, Tonio/Oppermann, Julia (2021): Interviews zur außerschulischen Jugend- und zur Erwachsenenbildung (Positionen der politischen Bildung; Bd. 3). Frankfurt.
- Jugel, David/Lewerenz, Rico (2022): Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration. Dresden. <https://tud.link/tb2f>
- Sämann, Jana (2021): Neutralitätspostulate als Delegitimationsstrategie. Eine Analyse von Einflussnahmeversuchen auf die außerschulische politische Jugendbildungsarbeit (Wochenschau Academy). Frankfurt/Main.
- Scheidig, Falk (2016): Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Dissertation (Forschung Klinkhardt).

IMPRESSUM

Herausgegeben von der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie

Autor:innen: Rico Lewerenz, David Jugel, Tina Hölzel, Anja Besand
Design und Satz: Anja Besand, David Jugel, Sarah Kunath
Lektorat: Ann-Christin Belling

Dresden, Juni 2022

WAS SIND AKTUELL IHRE GRÖßTEN HÜRDEN/HERAUSFORDERUNGEN, MIT DENEN SIE ZU KÄMPFEN HABEN?

UND WIE KÖNNTE MAN SIE LÖSEN?

WORÜBER MACHEN SIE SICH IM HINBLICK AUF IHRE ZUKÜNFTIGE ARBEIT SORGEN?

„Wir haben hier viel mit revisionistischen Zwischenfällen zu kämpfen. Früher war das vereinzelt, jetzt passiert das ständig.“

„Wenn ich das wüsste“

„Es ist schwer qualifiziertes Personal zu finden und zu halten - wir können einfach zu wenig Sicherheit bieten und das gefährdet auch die Zukunft unserer Initiative“

„Wir müssten jetzt alle Aufmerksamkeit - oder zumindest mehr auf die Jungen richten - nicht nur so halbherzlich bisschen Ferienkurse - wir müssten groß denken, sonst wird das später sehr sehr teuer das wieder einzufangen“

„Wegfallende Fördermittel“

„Der reine Modellcharakter vieler Projekte verunmöglicht eine Versteigerung, eine längerfristige Planung und bedingt vor allem auch eine hohe Fluktuation an politischen Bildner:innen. Außerdem werden gerade im ländlichen Raum in Sachsen immer wieder Steine in den Weg gelegt, wenn es darum geht, antirassistische und demokratiefördernde Initiativen zu starten - sei es durch die Verwaltung oder durch rechte Parteien. Diese Problematik betrifft auch und gerade Jugendzentren und -treffs, die sich an politischer Bildung versuchen.“

„Viel mehr Bildungsarbeit und viel früher beginnen, die Schulen müssen das viel zentraler machen und ernsthaft umsetzen, sonst sind wir hier auf verlorenem Posten.“

„Kürzung der Fördermittel, falls AfD mehr Macht bekommt. Noch weitere Radikalisierung der sächsischen Gesellschaft, Räume sind nicht mehr sicher, auch nicht die Großstädte. Abwanderung von motivierten und engagierten Menschen. Werde selbst auch abwandern, falls Zustand kritischer wird.“

„Das Rad ständig neu zu erfinden.“

„Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die freien Träger und Vereine, die seit Jahren gute Arbeit leisten! Die vermeintlichen Kontrollorgane (komplizierte und viel zu detaillierte Anträge und Abrechnungsanträge) hindern nur und suggerieren, dass die Leute, die an der Basis wichtige Arbeit leisten, Gelder veruntreuen würden.“

„Je nach Verschiebung der Verhältnisse der politischen Entscheidungsträger in Gremien ändern sich auch Förderungsmöglichkeiten - hier ist eine Gefahr. Zudem wird stärker auf die (in der Unterzahl vorhandenen) „Lauten“ gehört und Politik von Parteien oftmals entsprechend ausgerichtet (vermeintlicher „Volkswille“). Bildung und Auseinandersetzung „in die Tiefe“ wird zunehmend schwierig.“